LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

22.03.2023
Drucksache 8/2412

öffentlich

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT
–

Fraktionen CDU, SPD und FDP

Kinderärztliche Versorgung im Land sicherstellen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 8/2365**

Der Landtag wolle beschließen:

Kinder- und Jugendmedizin bedarfsgerecht weiterentwickeln

1. Der Landtag betont, dass einzelne medizinische Bereiche innerhalb des derzeitigen Finanzierungssystems der stationären Gesundheitsversorgung die Leistungsrealität insbesondere im Bereich der Pädiatrie nicht mehr adäquat abbildet und einer Reform bedarf. Die auf Bundesebene diskutierte Neugestaltung der Krankenhausfinanzierung wird daher grundsätzlich begrüßt. Die Landesregierung ist gebeten, auch weiterhin die Landesinteressen zur kinderärztlichen Versorgung im Krankenhausbereich in die laufende Krankenhausreform einzubringen und den Verlauf bezüglich der angestrebten Reform kritisch zu begleiten. Dabei sind vor allem die Auswirkungen auf die Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt und die bedarfsgerechte Versorgung in der Fläche zu berücksichtigen.

2. Der Landtag nimmt zustimmend Kenntnis, dass auf Vorschlag der „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ und gemäß § 5 Abs. 2b und 2c Krankenhausentgeltgesetz zusätzliche Mittel für die Jahre 2023 und 2024 in Höhe von insgesamt fast 6,5 Millionen Euro für bedarfsnotwendige Geburtskliniken nach Sachsen-Anhalt fließen. In diesem Zusammenhang wird zudem begrüßt, dass der Bund zur zusätzlichen Finanzierung der Versorgung von Kindern und Jugendlichen in den Jahren 2023 und 2024 jeweils Mittel in Höhe von 300 Millionen Euro in Form einer Steigerung um rund zwölf Prozent auf das Erlösbudget von 2019 bundesweit bereitstellt.

(Ausgegeben am 22.03.2023)

3. Der Landtag hebt hervor, dass die Landkreise bzw. kreisfreien Städte Träger des Sicherstellungsauftrags für die stationäre medizinische Versorgung und des öffentlichen Gesundheitsdienstes und zugleich wichtige Akteure im Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung sind. Der Landtag dankt der kommunalen Ebene insbesondere für die Anstrengungen zur Sicherstellung einer funktionierenden stationären Geburtshilfe und kinder- und jugendmedizinischen Behandlung.

4. Der Landtag begrüßt die konzeptionellen Überlegungen und Anstrengungen des Landes bei Gefährdung und Wegfall von stationärer Pädiatrie durch den Betreiber, kompensierende sektorübergreifende Modelle, in Zusammenarbeit des stationären und ambulanten Bereiches zu etablieren und verstärkt auf Kooperation zu setzen, um eine kindgerechte Versorgung zu gewährleisten.

5. Der Landtag erkennt die Leistungen der ambulanten Versorgung als weitere wesentliche Versorgungsleistung des Gesundheitssystems an. Die notwendigen Bedarfe des ambulanten Sektors sind notwendig, um die aktuellen Herausforderungen des Gesundheitssystems zu bewältigen.

6. Da vor allem der stationäre Bereich der Kinder- und Jugendmedizin von einem Fachkräftemangel gezeichnet ist, begrüßt der Landtag alle Maßnahmen der medizinischen Aus- und Weiterbildung. Die Landesregierung wird gebeten, mit der Ärztekammer Möglichkeiten der Steigerung der Attraktivität der Weiterbildung im Bereich Kinder- und Jugendmedizin auszuloten. Der Landtag bittet die Landesregierung, über erarbeitete Ansätze zur Attraktivität der Weiterbildung erstmals zum Ende des Jahres innerhalb des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu berichten. Dabei soll ebenfalls auf den geplanten Umsetzungszeitraum eingegangen werden.

7. Die Landesregierung wird zudem gebeten, im Rahmen der Bundesratsbefassung zum Entwurf eines Fünfzehnten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch - Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland die vorgesehenen Neuregelungen zur dauerhaften auskömmlichen Finanzierung der vertragsärztlichen Tätigkeit in der Kinderheilkunde zu unterstützen und dadurch zu erreichen, dass künftig insbesondere mengenbegrenzende und honorarmindernde Maßnahmen in diesem Vergütungsbereich ausgeschlossen sind.

8. Der Landtag stellt fest, dass neben der nicht adäquaten Finanzierung pädiatrischer Leistungen die Situation des Fachkräftemangels in hohem Maße auf den demographischen Wandel zurückzuführen ist. Der Landtag bittet die Landesregierung alle Möglichkeiten der Beschleunigung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen zu nutzen.

Begründung
erfolgt mündlich.

Guido Heuer	Dr. Katja Pähle	Andreas Silbersack
Fraktionsvorsitz CDU	Fraktionsvorsitz SPD	Fraktionsvorsitz FDP